

**Einfache Anfrage SP-Fraktion:
«St.Galler Spitäler und Mitarbeitende am Limit: Der Kanton muss handeln!»**

Am 28. September 2023 haben die Spitalverbunde kommuniziert, dass an den St.Galler Spitälern insgesamt 440 Stellen abgebaut werden. Allein am Kantonsspital St.Gallen werden es 260 Stellen sein.

Das Personal der Spitäler ist schockiert und stark verunsichert. In einem offenen Brief haben sich Stations- und Fachleitende Pflege an die Verantwortlichen der Spitalverbunde und an die Regierung gewandt. Sie drücken darin ihre grosse Besorgnis über den geplanten Stellenabbau auch in der Pflege aus. Es stellt sich die Frage, wie angesichts der bereits heute bestehenden und bekannten immensen Belastung des Pflegepersonals ein Stellenabbau zu verantworten ist.

Spricht man mit Betroffenen in der Pflege, so machen sie deutlich, dass es nicht nur um die Frage geht, ob Stellen «am Bett» abgebaut werden, sondern dass sie sich auch vor einem Abbau im Hintergrund fürchten, weil die Arbeiten dennoch erledigt werden müssen und dies dann wiederum zu einer Mehrbelastung des verbleibenden Personals führt.

Es ist unbestritten, dass die Spitäler aktuell finanziell am Limit laufen, weil die Tarife ihre Kosten nicht decken. Die Lösung kann aber nicht ein Stellenabbau mit ungewissen Folgen für die Versorgungssicherheit im Kanton sein. Es braucht die Bereitschaft des Kantons, seine Spitäler zu unterstützen und die öffentliche Gesundheitsversorgung langfristig zu sichern und es muss nach Lösungen gesucht werden.

Eine grosse Problematik für die Spitäler stellen die Investitionen der Spitalbauten dar. In den Fallpauschalen ist ein Basisbeitrag für die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur enthalten. Es herrscht breiter Konsens, dass dieser Anteil zu tief ist und insbesondere im Fall der St.Galler Spitäler, die einen jahrzehntelangen Nachholbedarf finanzieren müssen, gravierend zu tief. Der Königsweg führt deshalb zurück zum System der Nutzungsentschädigung: Der Kanton kommt wieder in den Besitz der Spitalliegenschaften und vermietet diese an die Spitalverbunde. Der Kanton hat statt wackliger Darlehen wieder einen echten Wert. Er übernimmt die Verantwortung für die Immobilien und für die von der Politik erzwungene jahrelange Verweigerung der Erneuerung der Spitalinfrastruktur. Damit erhalten die Spitalverbunde eine deutliche Entlastung und können ihre Budgets wieder ins Lot bringen.

Weiter stellt sich die Frage nach weiteren Beiträgen an die Spitäler für ihre gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Die Abgeltung für das Erbringen von Vorhalteleistungen durch die öffentlichen Spitäler muss überprüft werden.

Schliesslich kann der Kanton die Spitäler unterstützen, indem er die Pflegeinitiative rasch und konsequent umsetzt.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich die Regierung zu einer Rückübertragung der Spitalimmobilien an den Kanton St.Gallen, um die Spitäler vom politisch gewollten jahrzehntelangen Nachholbedarf bezüglich Investitionen zu entlasten?
2. Wie beurteilt die Regierung die Abgeltung für die von den öffentlichen Spitälern erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen? Wo besteht Spielraum bzw. Bedarf diese anzupassen?

3. Welche (weiteren) Massnahmen plant die Regierung, um das Spitalpersonal spürbar zu unterstützen und den Stellenabbau zumindest abfedern zu können? Wo steht die Umsetzung der Pflegeinitiative betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen?»

15. Oktober 2023

SP-Fraktion